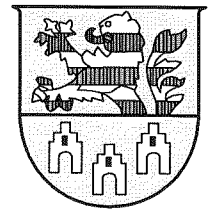


# Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

## Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden



### Der Geschäftsführer

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mülheim/Main

Hessisches Ministerium  
des Innern und für Sport  
Postfach 31 67  
65021 Wiesbaden

Dezernat 1

Referent(in) Frau Wagner  
Unser Zeichen wg/uk

Telefon 06108/6001-0

Telefax 06108/600157

E-Mail: [hsgb@hsgb.de](mailto:hsgb@hsgb.de)

Durchwahl 6001 - 44

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom 24.07.2017

Datum 04.08.2017

### Gesetzgeberische Intention der Verschonungsregelung in § 11 Abs. 6 Satz 1 HessKAG

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Ministerialdirigent Graf,

wir bedanken uns für Ihre Antwort vom 24.07.2017.

Wie in unserer Anfrage vom 07.06.2017 bereits ausgeführt, handelt es sich nach dem Gesetzeswortlaut des § 11 a) Abs. 6 KAG um eine zwingende gesetzliche Regelung, da die Gemeinden durch Satzung Überleitungsregelungen für die dort genannten Fälle zu treffen **haben**. Insoweit können wir in dieser Vorschrift keine Ermessensermächtigung erkennen, da es sich nicht um eine Billigkeitsmaßnahme, sondern um eine zwingende gesetzliche Vorgabe der Verteilungsregelung handelt. Ein Gestaltungsspielraum des kommunalen Satzungsgebers dürfte damit nicht eröffnet sein.

Henri-Dunant-Straße 13 • 63165 Mülheim am Main  
Bankverbindung: Sparkasse Langen-Seligenstadt • Konto-Nr. 80 500 31 (BLZ 506 521 24)  
IBAN: DE66506521240008050031 • BIC: HELADEF1SLS  
Steuernummer: 035 224 14038

Präsident: Harald Semler • Erster Vizepräsident: Dr. Thomas Stöhr • Vizepräsident: Karl-Heinz Schäfer  
Geschäftsführer: Karl-Christian Schelzke • Stv. Geschäftsführer: Diedrich Backhaus



Im Gegensatz hierzu hat sich der rheinland-pfälzische Landesgesetzgeber dazu entschieden, die Verschonungsregelung in § 10 a) Abs. 5 KAG RP als „Kann“-Regelung auszugestalten. Damit hat der Gesetzgeber in Rheinland-Pfalz den rheinland-pfälzischen Kommunen einen entsprechenden Gestaltungsspielraum eröffnet, so dass diese nach der Rechtsprechung im Rahmen einer Ermessensentscheidung über das ob einer solchen Verschonungsregelung entscheiden können (so zum Beispiel OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 15.03.2011, 6 C 11187/10).

Da der Gesetzgeber in Hessen durch die zwingende gesetzliche Vorschrift des § 11 a) Abs. 6 HessKAG in den vom Gesetz benannten Fällen eine Verschonung der Grundstücke vorsieht und damit eine Verteilung auf die restlichen Grundstückseigentümer, handelt es sich um eine Verteilungsregelung, die jedweder satzungsrechtlichen Gestaltung im Hinblick auf die dort zu verschonenden Grundstücke entgegensteht.

Da weder die grammatikalische noch die systematische oder teleologische Auslegung zu einem Ergebnis kommt, wäre nur die historische Auslegung möglich. Hierbei ist allerdings der Wille und die Motive des Gesetzgebers maßgeblich, so dass die Kommunen diese nicht durch eigene Überlegungen ersetzen können.

Da eine Einbeziehung von Zahlungen an einen privaten Erschließungsträger fraglich ist, wie Sie auch in Ihrem Schreiben vom 24.07.2017 ausführen, könnte dies dazu führen, dass hier die Rechtsprechung im Zweifelsfalle erst in mehreren Jahren Klarheit bringen könnte, so dass gegebenenfalls sämtliche Abrechnungen mangels einer gültigen Verteilungsregelung rechtswidrig wären.



Daher halten wir es für erforderlich, entweder die Motivation des Gesetzgebers in § 11 a) Abs. 6 Satz 1 HessKAG klarzustellen oder – was wir favorisieren würden – das Hessische Kommunalabgabengesetz entsprechend der Regelung in Rheinland-Pfalz zu ändern und § 11 a) Abs. 6 Satz 1 HessKAG wie folgt zu fassen:

„Durch Satzung **können** die Gemeinden Überleitungsregelungen für die Fälle treffen, in denen Erschließungsbeiträge oder Ausgleichsbeiträge nach dem Baugesetzbuch oder Kosten der erstmaligen Herstellung aufgrund von Verträgen zu leisten sind oder geleistet wurden.“

Nach einer solchen Gesetzesänderung würde es sich um eine Billigkeitsentscheidung handeln, so dass tatsächlich ein Gestaltungsspielraum des kommunalen Satzungsgebers im Hinblick auf die Überleitungsregelungen eröffnet wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Christian Schelzke  
Geschäftsführender Direktor